Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

5/Sept.-Okt.



Thema

- 04 Steuerentlastung: Jetzt liegt es an der Regierung!
- Interview mit Michael Chalupka
- 10 Kommentar

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Faktencheck: TTIP
- 14 Am Schandpfahl: Der neue Presserat
- 16 Nachruf auf Norbert Scheed

Arbeitswelt

- 17 Kurzmeldungen
- 18 Herbstlohnrunde 2014
- 20 Südafrika auf dem Weg zur Gleichstellung
- 22 Kollektivvertrag für TierärztInnen

Service

- 23 Kurzmeldungen
- 24 Recht aktuell: Väterkarenz
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher



Steuerentlastung



Interview Michael Chalupka



Faktencheck TTIP

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-dip.at Herausgeber: ÖGB, GPA-dip, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301,

service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96 Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Stv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer Chefin vom Dienst: Dr Barbara Lavaud, barbara.lavaud@

gpa-dip.at Redaktion und Anzeigen: Alexander Kobinger,

gpadjp.at Redaktion una Anzeigen. Alexander. kobinger@gpadjp.at Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH) Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfl, Bickfordstr. 21 Verlags Wien Herstellungs Neudörfl Cover-Foto: Nurith Wagner-Strauss DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 576439352 Offenlegung nach §25 Mediengesetz: www.apa-dip.at/offenlegung

www.gpa-dip.at/offenlegung

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Die Regierung ist am Zug!

von Dwora Stein

en Sommer über haben ÖGB und AK ein neues Steuermodell ausgearbeitet, das wesentliche Entlastungen für die ArbeitnehmerInnen bringen soll. Gleichzeitig haben bislang über 700.000 Menschen die Forderung nach einer fairen Steuerreform mit ihrer Unterschrift unterstützt.

Das Steuermodell der Gewerkschaften und Arbeiterkammern wurde Mitte September präsentiert, und wir sehen nun die beeindruckende Anzahl von UnterstützerInnen als einen klaren Arbeitsauftrag: Nämlich für die rasche Umsetzung dieses Entlastungsmodells.

Die Steuerreform ist längst überfällig. Es liegt mit dem neuen Modell ein Vorschlag auf dem Tisch, der jetzt die dringend notwendigen Entlastungen für jene bringt, deren Leistung unseren Wohlstand begründet. Die Besteuerung von Arbeit soll deutlich gesenkt werden, die BezieherInnen niedriger Einkommen sollen nur rund die Hälfte der derzeitigen Lohnsteuern zahlen. Für GeringverdienerInnen soll eine höhere Negativsteuer kommen. Und die kalte Progression soll nicht mehr wie bisher die Einkommenszuwächse, die von der Gewerkschaft jedes Jahr hart erkämpft werden, wieder vernichten.

Zugleich müssen nun endlich jene zur Kasse gebeten werden – und das ist eine langjährige Forderung der GPA-djp –, die sich bisher um ihre gesellschaftliche Verantwortung erfolgreich gedrückt haben: Besitzer von großen Vermögen, denen das derzeitige System erlaubt, einen viel zu geringen Beitrag zum Steueraufkommen, das Infrastruktur und Wohlfahrtsstaat finanziert, zu leisten.

Da uns die Steuerreform, die die Beschäftigten entlastet, ein zentrales Anliegen ist, haben wir das Thema zum zweiten Mal in Folge zum Schwerpunkt der KOMPETENZ gemacht. Dass nicht nur die ArbeitnehmerInnenvertretungen, sondern auch andere gesellschaftlich gewichtige Gruppen für faire Steuern und eine gerechtere Gesellschaft kämpfen, zeigt ein Interview mit dem Direktor der Diakonie, Michael Chalupka. Und jetzt im Herbst stehen natürlich auch wieder die richtungsweisenden Verhandlungsrunden in der Metallbranche auf dem Programm. Als Gewerkschaft wollen wir unseren Mitgliedern dabei ein möglichst großes Stück vom Kuchen verschaffen – vor allem aber eins, das die Steuer nicht gleich wieder wegfrisst!

ÖGB Kampagne unterstützen auf: www.lohnsteuer-runter.at

September-Oktober 2014 KOMPETENZ







Über 5.000 Betriebsrätlnnen in einem bis auf den letzten Platz gefüllten Austria Center Vienna im September verliehen den Forderungen von ÖGB und AK nach steuerlicher Entlastung eindrucksvoll Nachdruck!

ie Gewerkschaften machen Druck für eine Steuerentlastung: Den Sommer über wurden mehr als 700.000 Unterschriften gesammelt, die große Betriebsrätlnnenkonferenz mit über 5.000 Teilnehmerlnnen im September verlieh den Forderungen nochmals eindrucksvoll Gewicht. Es liegt nun an der Regierung, das

Konzept in einer baldigen Steuerreform umzusetzen. GPA-djp-Vorsitzender Wolfgang Katzian kämpft gemeinsam mit dem ÖGB und den Arbeiterkammern für die rasche Umsetzung.

Stevern fair zahlen

"In Österreich machen die Lohnsteuer, die von Löhnen, Gehältern und Pensionen abgezogen wird, und die Umsatzsteuer, die man bei jedem Einkauf zahlt, zwei Drittel des Steueraufkommens auf", erklärt Katzian den Status quo. "Der

Staat und seine Leistungen werden daher überwiegend aus Massensteuern finanziert."

Steuern sind notwendig und wichtig, um öffentliche Leistungen zu finanzieren. Ein gutes Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsystem und eine ausgebaute Infrastruktur sind ein Wert, der es rechtfertigt Steu-

Mehr Arbeit soll sich in einem höheren Nettoeinkommen auswirken.

ern zu zahlen. Diese öffentlichen Leistungen machen die Gesellschaft lebenswerter und gerechter. "Aber die Akzeptanz eines Steuersystems hängt auch davon ab, dass die Steuerlast fair verteilt wird und nicht Steuerschlupflöchern und Sonderregelungen für die Einen eine sehr hohe Steuerlast für die Anderen gegenübersteht", kritisiert Katzian die aktuelle steuerliche Schieflage in Österreich.

Mehr netto vom Brutto

Derzeit zahlt man ab Erreichen der Lohnsteuerpflicht von ca. 1.200 Euro Bruttomonatseinkommen von jeder Einkommenserhöhung rund die Hälfte an Abgaben. Denn nach

Abzug der Sozialversicherungsbeiträge wird der Eingangssteuersatz von 36,5 Prozent fällig. Katzian findet: "Das ist leistungsfeindlich, denn mehr Arbeit soll sich auch in

einem entsprechend höheren Nettoeinkommen auswirken." Daher fordern ÖGB und AK eine Senkung des Eingangssteuersatzes auf 25 Prozent. Außerdem soll es einen harmonischeren Tarif geben. Statt derzeit nur drei Steuersätzen soll es mehrere Steuerstufen geben, in denen die Steuersätze in kleineren Schritten steigen.

Man kann die Wirkung der geforderten Steuerentlastung von unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten: Um wie viel reduziert sich die Steuer, die man zahlen muss, absolut? Die Entlastung liegt bei Monatseinkommen unter 1.000 Euro bei 340 Euro pro Jahr und steigt auf maximal 3.040 ab 8.000 Euro. Oder man fragt: Um wie viel reduziert sich die Steuer, die man zahlen muss, relativ? Hier ist die relative Entlastung unten höher. Dazu ein Beispiel: Wer monatlich 1.500 Euro brutto verdient, müsste künftig nur noch knapp halb so viel Lohnsteuer zahlen wie bisher. Wer mehr verdient, z. B. 2.200 Euro brutto im Monat, erspart sich etwa ein Drittel der bisherigen Lohnsteuer, und bei 2.600 Euro brutto monatlich zahlt man um ein Viertel weniger Lohnsteuer. "Wichtig für die Reform ist, dass die niedrigen Einkommen anteilsmäßig stärker entlastet werden", betont Katzian.

Kalte Progression

Derzeit erhöht sich die Steuerbelastung auch dann, wenn das Einkommen nur im Ausmaß der Inflationsrate steigt. Obwohl sich also die Kaufkraft nicht erhöht hat, steigt die Steuerbelastung, weil die Grenzen für die Steuerstufen nicht angepasst werden. Katzian sieht hier einen Fehler im System: "Wir fordern, dass immer dann, wenn die Teuerung fünf Prozent erreicht, eine Anpassung zu erfolgen hat, ähnlich wie bei den Mieten."

Negativsteuer

Auch jene ArbeitnehmerInnen, die so wenig verdienen, dass sie keine Steuern zahlen, sollen entlastet werden. GeringverdienerInnen müssen von ihrem Einkommen Sozialversicherungsbeiträge bezahlen. Um hier eine Entlastung zu ermöglichen, soll eine Negativsteuer von bis zu 450 Euro pro Jahr bezahlt werden.

Gegenfinanzierung

Das ÖGB/AK-Modell sieht Entlastungen von insgesamt knapp unter 6 Milliarden Euro vor. Ein Teil davon finanziert sich selbst: Eine Erhöhung der verfügbaren Einkommen durch eine Senkung der Lohnsteuer führt zu einem Anstieg der Konsumausgaben und das löst Impulse für Produktion und Beschäftigung aus. Dies würde dem Staat zusätzliche Einnahmen in der Höhe fast 1 Milliarde Euro bringen.

"Der Schwerpunkt des ÖGB/AK-Entlastungsmodells liegt, wie der Name schon sagt, auf der Entlastung der ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen". betont Katzian. Diese Entlastung ist aber ohne Gegenfinanzierung nicht möglich. Die Gegenfinanzierung besteht einerseits aus 1 Milliarde Euro aus wirksamen Maßnahmen gegen Steuerbetrug, aus 2 Milliarden aus vermögensbezogenen Steuern, die bei großen Vermögen (ab 700.000 Nettovermögen je Person) wirksam werden, und aus Erbschafts- und Schenkungssteuern und Stiftungen sowie 2 Milliarden aus Mitteln, die durch Reformen (Beseitigung von Ausnahmen im Steuersystem, Effizienzsteigerungen etc.) aufgebracht werden.

Keine Alternative

Bei der Frage, ob eine Verwaltungsreform nicht sinnvoller wäre – "Ausgaben senken statt über neue Steuern reden" –, sagt Katzian: "Da kann es aber kein Entweder-oder geben. Warum sollten die Arbeitnehmerlnnen eine unfaire Aufbringung des Steueraufkommens so lange hinnehmen, bis sich Gemeinden, Länder und Bund auf eine Verwaltungsreform einigen können?"

"Und auch für die Alternative, dass sich die ArbeitnehmerInnen eine Steuerreform über die Besteuerung von Zulagen und eine Streichung der steuerlichen Begünstigung der Sonderzahlungen selbst finanzieren, stehen wir nicht zur Verfügung", fügt Katzian noch hinzu, denn: "Das ändert nichts an der Schieflage des Steuersystems und kann keinen Impuls zur Erhöhung der Nettoeinkommen liefern."

Das ÖGB/AK-Modell für eine spürbare Lohnsteuersenkung ist machbar und realistisch, und zwar ohne die Steuereinnahmen des Staates zu verringern und ohne Leistungskürzungen in unserem Sozialsystem. Es liegt nun an der Bundesregierung, rasch eine Steuerreform umzusetzen!

Broschüre Steuerpolitik

Die Neuauflage der GPAdip-Broschüre "Steuerpolitik. Analysen und Vorschläge für mehr Steuergerechtigkeit" gibt es zum Download auf www.gpa-dip.at

Steuerreform Online-Rechner

Wie viel Sie persönlich netto mehr vom Brutto hätten, ist ganz einfach mit unserem Online-Rechner herauszufinden:

www.lohnsteuer-runter.at

Aktionstag 22. Oktober zur Steuerreform

Der nächste Meilenstein für die Kampagne ist der Aktionstag am 22. Oktober. Sowohl in den Betrieben als auch im öffentlichen Raum werden wir an diesem Tag das ÖGB-AK-Modell noch einmal präsentieren.

September-Oktober 2014 KOMPETENZ



Vermögensbezogene Steuern sind ein Muss

Diakonie-Direktor Michael Chalupka mahnt ein, bei einer Steuerreform den Pflegebereich mitzudenken.

Das Interview führte Alexia Weiss.

KOMPETENZ: Die Regierung wurde eben umgebildet, nachdem der Finanzminister vor allem wegen des Themas Steuerreform das Handtuch geschmissen hat. Dringendste Aufgabe seines Nachfolgers wird also sein, diese Steuerreform rasch auf den Weg zu bringen. Was erhoffen Sie sich hier?

Michael Chalupka: Ich denke, das Wichtige ist, dass wir uns nicht auf einzelne Elemente fixieren, sondern dass eine Steuerreform darüber hinausgeht. Das heißt, wir brauchen in Österreich einerseits eine Sicherung des Sozialstaats, andererseits große Zukunftsausgaben, Investitionen in

Sektoren, wo wir als Diakonie jetzt schon sehen, dass die Schere zwischen Arm und Reich Auswirkungen hat.

KOMPETENZ: An welche Zukunftsausgaben denken Sie da?

Michael Chalupka: Das sind ganz klar die Bereiche Kinderbetreuung und Bildung. Wir haben immer noch ein Bildungssystem, das segregiert. Und wir brauchen die Absicherung von Pflege und Betreuung älterer Menschen. Das klingt vielleicht aufs erste paradox, wenn man sagt Steuerreform, und dann Mehrausgaben fordert. Natürlich müssen wir auch

die Lohnsteuer entlasten. Aber dennoch muss man immer die großen Ziele vor Augen haben. Nichts ist eindimensional.

Nehmen wir den Bereich Pflege: Wenn wir hier investieren, schaffen wir auch Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich, daraus folgen neue Steuereinnahmen. Auch in Regionen, die benachteiligt sind, würde Infrastruktur geschaffen, denn ich kann die Betreuung von alten, von pflegebedürftigen Menschen nicht irgendwohin auslagern. Das muss ich vor Ort machen. Das gilt sogar für solche Dinge, wo sich jetzt alle sträuben, wie die Flüchtlingsbetreuung.

Investitionen in soziale Infrastruktur schaffen auch Möglichkeiten von Beschäftigung, und zwar nicht nur für die BetreuerInnen, sondern zum Beispiel auch für Angehörige, die so in ihrer Betreuungsarbeit entlastet werden und ihrer eigentlichen Arbeit nachgehen können. Diese Gesamtsituation darf man bei Überlegungen zu einer Steuerreform nicht aus den Augen lassen – aber da höre ich wenig.

KOMPETENZ: Wo sehen Sie den Fokus in der aktuellen Debatte?

Michael Chalupka: Es wird viel über das Sparen gesprochen, aber eben kaum über notwendige Investiti-

onen. Es gibt Stimmen der Vernunft, wie die des Wirtschaftsforschungsinstituts, aber von den Parteien hört man da wenig. Und wenn sind es Ideen, welche Massensteuern eingeführt werden könn-

ten, die dann wieder alle belasten.

KOMPETENZ: Ihnen geht es also um das Thema Verteilungsgerechtigkeit. Wie kann man diese erreichen?

Michael Chalupka: Zur Verteilungsgerechtigkeit haben wir einmal einen Befund in einer dreifachen Weise, denn wir glauben, sehen und wissen, dass Ungleichverteilung für eine Gesellschaft schlecht ist. Wir glauben es, weil wir eine christliche Organisation sind und das zu unserem Selbstverständnis gehört, dass alle Güter, all das, was uns geschenkt wird, nicht zu unserem Eigenen wird, sondern der Gemeinschaft gehört.

Deshalb gibt es im Alten Testament ja auch immer wieder Gesetze, Normen, die sagen, Schulden müssen getilgt werden. Wenn man sich Griechenland ansieht, wäre es wahrscheinlich auch wirtschaftlich sinnvoller gewesen, einen Schnitt zu machen.

Wir sehen, dass die ungleiche Verteilung etwas ist, was der Gesellschaft schadet, in unserer Arbeit mit Kindern und Jugendlichen. Wir haben zum Beispiel in Wien ein Projekt, wo wir eine Schuljause organisieren, weil Lehrerinnen und Lehrern in bestimmten Gegenden aufgefallen ist, dass viele Kinder in der Früh unkonzentriert sind, da sie nicht gefrühstückt haben.

Und schließlich wissen wir, dass Ungleichverteilung schädlich ist, weil dies wissenschaftlich belegt und Mainstream ist. Auch die OECD sagt heute, dass die extreme Ungleichverteilung der Vermögen weltweit in den vergangenen 30 Jah-

In Österreich gibt es eine Vermögenssteuer derzeit nur für Pflegebedürftige.

ren zu gesundheitlichen und Sicherheitsproblemen in der Gesamtgesellschaft geführt hat. Das heißt umgekehrt: Eine Gesellschaft, die gleicher verteilt ist, ist auch eine gesündere, sicherere Gesellschaft, in der man besser leben kann.

KOMPETENZ: Wie ist eine solche Verteilungsgerechtigkeit nun aber zu erreichen?

Michael Chalupka: Österreich hat ja ein Modell, das zeigt, dass es möglich ist. Es gibt sozialstaatliche Interventionen und der Sozialstaat ist ein Schutzschild. Vermögensbezogene Steuern kommen allerdings kaum zum Tragen.

Alle sollen aber ihren Teil beitragen können, und ich sage bewusst können, denn es gibt ja Menschen, die sehr reich sind und sagen, wir wollen nicht nur Charity, wir wollen hier gesamtgesellschaftlich etwas beitragen. Vermögensbezogene Steuern halte ich für ein Muss.

KOMPETENZ: Wie sollen diese konkret aussehen?

Michael Chalupka: Wie man es ausarbeitet, das ist der Regierung zu überlassen. Aber was mir auffällt: Die Debatte ist eine sehr merkwürdige.

KOMPETENZ: Inwiefern?

Michael Chalupka: Wir haben in Österreich eine hundertprozentige Vermögenssteuer und zwar nur für eine ganz bestimmte Gruppe, nämlich für alle, die pflegebedürftig sind. Wir haben drei große Risiken im Leben: krank, arbeitslos oder pflegebedürftig zu werden. Die ersten beiden Risiken haben wir solidarisch

abgefedert. Bei der Pflege ist das anders. In dem Moment, in dem man pflegebedürftig wird, und das kann jedem von uns passieren, schlägt eine hundertprozentige Vermögenssteuer zu – und gleichzeitig eine hundert-

prozentige Erbschaftssteuer, denn meist wird alles vorhandene Vermögen für die Pflege aufgebraucht.

KOMPETENZ: Hier braucht es also auch eine solidarische Lösung.

Michael Chalupka: Ja. Pflege ist zu einem großen Lebensrisiko geworden. Da haben wir also eine hundertprozentige Belastung für die einen und reden bei vermögensbezogenen Steuern von Abgaben im Promillebereich. In der öffentlichen Debatte wird aber so getan, als ob dadurch auf den Mittelstand, auf die kleinen Leute zugegriffen würde. Und wenn dann in der Debatte wieder Massensteuern auftauchen, wie etwa die Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent, dann wäre das erneut eine Belastung für alle, die Auswirkungen auf die Kaufkraft hätte. Die wirtschaftliche Entwicklung abzuwürgen kann aber auch nicht die Lösung sein. Von Vermögen, die irgendwo angelegt sind, gibt es jedenfalls keinen Konsum.



Volle Kraft voraus

Das ÖGB AK-Steuerentlastungspaket muss so rasch wie möglich umgesetzt werden.

von Wolfgang Katzian

ehr als 700.000 Menschen haben bereits für eine Senkung der Lohnsteuerbelastung unterschrieben. 100.000 Fans verfolgen und stärken unsere Kampagne auf Facebook. Diese beeindruckende Unterstützung haben Tausende BetriebsrätInnen möglich gemacht, die den Sommer über für unsere Kampagne geworben haben. Unseren allergrößten Dank an alle, die unterschrieben, geteilt und gesammelt haben!

Wir haben ein eindrucksvolles Zeichen gesetzt, das die Regierung ernst nehmen muss. Durch die vielen öffentlichen Debatten ist großer Druck, aber auch eine hohe Erwar-

tung bei den Menschen entstanden. Eine Minireform ohne spürbare Entlastung kann diese Erwartung sicher nicht erfüllen. Mehr als 5.000 BetriebsrätInnen bei der ÖGB-AK-Konferenz am 18. September haben bekundet, dass sie auch bereit sind, noch einen Schritt weiter zu gehen, wenn die Regierung ihren Auftrag nicht ernst nimmt. Die Motivation bei allen Beteiligten, mit voller Kraft weiter zu machen, ist hoch, und wir werden alles dafür tun, dass am Ende der Kampagne eine Steuerreform steht, die diesen Namen auch

verdient. Der nächste Meilenstein für die Kampagne wird der Aktionstag am 22. Oktober sein, wo in Betrieben und im öffentlichen Raum das ÖGB AK-Modell noch einmal präsentiert wird.

Wir haben ein Modell erarbeitet, das in der gesamten Organisation Unterstützung findet. Unsere Forderungen sind realistisch. Der Kern unseres Modells lässt sich dennoch in zwei Sätzen erklären: Wir wollen, dass sich die Menschen wieder mehr

Wir wollen, dass sich die Menschen wieder mehr leisten können!

leisten können. Damit schaffen wir mehr Kaufkraft, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung in unserem Land. Wenn die Bundesregierung unser Modell umsetzen würde, dann zahlen ArbeitnehmerInnen mit niedrigeren Einkommen um fast die Hälfte weniger Lohnsteuer.

Von unserem Modell würden jedoch ALLE Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen profitieren. ArbeitnehmerInnen hätten je nach Einkommenshöhe zwischen 340 Euro und 3.140 Euro jährlich mehr netto vom Brutto. PensionistInnen würden zudem erstmals auch von einer Negativsteuer profitieren.

Natürlich kostet eine solche Entlastung auch Geld, und ohne eine Gegenfinanzierung wird es nicht funktionieren. Das ist ein Faktum, das mittlerweile selbst in weiten Teilen der ÖVP akzeptiert wird. Der Mittelstandsschmäh gegen eine Vermögenssteuer hat längst jede Glaubwürdigkeit eingebüßt. 1.250 Milliarden Euro

(1.250.000.000.000) macht das gesamte private Vermögen in Österreich aus! Um die Dimensionen dieser Zahl zu verdeutlichen: Das gesamte Bruttoinlandsprodukt Österreichs beträgt

305 Milliarden, die Staatsverschuldung 227 Milliarden Euro. In Österreich besitzen die obersten 10 Prozent der Bevölkerung fast 70 Prozent des Vermögens. Damit haben sie mehr als doppelt so viel wie die restlichen 90 Prozent. Trotz Wirtschaftskrise hat der Club der Euro-Millionäre in Österreich 2014 so viele Mitglieder wie nie zuvor. Dass diese Superreichen nicht an der Gegenfinanzierung einer Steuerreform beteiligt werden können, kann daher in meinen Augen nur ein schlechter Scherz sein.



Aktuell

Managergehälter: 1,3 Mio. Euro!

Während die Wiener Börse gemessen am Leitindex ATX von 2003 bis 2013 um knapp 65 Prozent zulegen konnte, schnellten die Bezüge der Vorstände der im ATX notierten Unternehmen um sage und schreibe 137,5 Prozent in die Höhe! 2013 verdiente ein Vorstand im Schnitt 1,3 Millionen Euro. "Das ist das 47-fache eines österreichischen Durchschnittsgehalts. Von Verhältnismäßigkeit kann hier wahrlich keine Rede sein", sagt AK-Präsident Rudi Kaske. Er fordert gesetzliche Maßnahmen, um endlich eine angemessene Vergütungsstruktur zu erreichen.

Das Ergebnis der alljährlichen Studie der AK zu den Vorstandsvergütungen in den ATX-Unternehmen ergibt: Alles beim Alten, die Gagen der ATX-Manager bleiben in lichten Höhen. Diese haben sich mit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 gänzlich von der Entwicklung an der Börse abgekoppelt. Auch als die Börse Verluste machte, sind die Vorstandsbezüge weiterhin auf sehr hohem Niveau geblieben. Konkret fordert die AK, dass der Aufsichtsrat das Gehalt des Vorstands an das der Belegschaft koppeln muss, weiters Maßnahmen, um unangemessen hohe Abfertigungen bzw. Abfindungen zu unterbinden und eine Beschränkung der überhöhten variablen Bezüge.

Equal Pay Day

Frauen arbeiten 83 Tage lang "unbezahlt".

In Österreich verdienen Frauen nach wie vor für die gleiche Arbeit durchschnittlich knapp 23 Prozent weniger als Männer. Das bedeutet in Tagen gerechnet, dass Männer bereits am 10. Oktober, am Equal Pay Day, jenes Einkommen erreicht haben, wofür Frauen noch bis 31. Dezember arbeiten müssen. Statistisch gesehen arbeiten Frauen daher 83 Tage "unbezahlt". Auch wenn der Equal Pay Day im vergangenen Jahr zwei Tage früher stattfand, müssten Frauen noch über 30 Jahre auf Lohngleichheit warten, wenn sich die Einkommensschere weiterhin jährlich um nur weniger als einen Prozentpunkt verringert. Im innerösterreichischen Vergleich ist die Einkommensschere

in Wien am wenigsten schlimm – 18,4 Prozent, der Wiener Equal Pay Day wäre also der 25. Oktober – in Vorarlberg am größten, mit 30,8 Prozent und einem Equal Pay Day bereits am 10. September.

Einkommensunterschiede haben viele Ursachen, die sachlich nicht gerechtfertigt sind. Die GPA-djp arbeitet seit einigen Jahren daran, diese Ursachen zu beheben. So wurden Benachteiligungen durch Karenz in den meisten großen Kollektivverträgen bereits beseitigt. Auch der Kampf für höhere Mindestgehälter zum Beispiel im Handel ist erfolgreich.

Mehr Infos: www.gpa-djp.at/frauen

Wie hoch wird meine Pension sein?

Sie haben die Zuschrift der Pensionsversicherungsanstalt über ihr Pensionskonto erhalten und sind verunsichert? Die Arbeiterkammer hat einen Online-Rechner entwickelt, der dabei hilft, die tatsächliche Pensionshöhe abzuschätzen. Er gilt für die Alterspension und die Korridorpension auf Basis der Kontogutschrift und stellt eine Orientierungshilfe dar.

Sie benötigen nur die Mitteilung der Pensionsversicherungsanstalt zur Kontogutschrift, dort finden Sie kurz zusammengefasst alle relevanten Daten. Der Online-Rechner ermittelt aus diesen Daten die zu erwartende Pension. Den Rechner finden sie hier: http://pensionsrechner.arbeiterkammer.at/



TTIP im Faktencheck

Das transatlantische Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA wird derzeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Die KOMPETENZ beleuchtet die Fakten.

von Sandra Breiteneder

as transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP wird seit Juni 2013 zwischen den USA und der Europäischen Union verhandelt. Das Ziel des Abkommens ist die Beseitigung von Handelshemmnissen in einem breiten Spektrum von Branchen. Das soll Erleichterungen bei Kauf und Verkauf von Waren und Dienstleistungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten bringen. Die öffentlichen Informationen zu den Verhandlungen sind spärlich. Die EU-Staaten haben das Verhandlungsmandat der Komission übertragen. Die Verhandlungen werden geheim geführt, am Ende des Prozesses steht eine Abstimmung im EU-Parlament und Rat. In der öffentlichen Diskussion

gibt es teils widersprüchliche Aussagen zu den Details des Abkommens. Der Faktencheck fasst die wichtigsten Details zusammen.

Behauptung: Das TTIP schafft Arbeitsplätze.

Wahr ist: Diese Argumentation bezieht sich auf einige Studien über die positiven Effekte von TTIP, welche auch von der EU-Kommission zitiert werden. Darin wird tatsächlich von der Schaffung von 400.000 Arbeitsplätzen in den gesamten 28 Mitgliedsländern der EU über den Zeitraum von 15 Jahren ausgegangen. Im Verhältnis zu 500 Millionen EinwohnerInnen, davon 26 Millionen Arbeitslosen, ist das eine

äußerst geringe Zahl. Zusätzlich ist die Prognose derart unsicher, dass eine seriöse Aussage kaum möglich ist. Vergleichbar ist dies mit dem US Kanada Mexico-Freihandelsabkommen NAFTA. Die versprochenen Arbeitsplätze haben sich dort nie verwirklicht, stattdessen gingen allein in den USA 700.000 Jobs verloren. Nach Mexico verlagerten sich zwar Industriearbeitsplätze aus den USA, aber es wurden weniger neue Stellen geschaffen als die, die in der Landwirtschaft verschwanden. Die Befürchtungen, dass sich dies durch TTIP wiederholen könnte, sind auf beiden Seiten des Atlantiks groß.

Behauptung: Beim TTIP geht es vor allem um den Abbau von Zöllen.

Wahr ist: Die Zölle zwischen der EU und den USA sind schon jetzt sehr gering und die transatlantischen Handelsbeziehungen sind heute bereits weitgehend ausgebaut. Bei TTIP geht es vielmehr um den Abbau sogenannter nichttarifärer Handelsbeschränkungen. Darunter fallen auch indirekte Beschränkungen wie etwa staatliche Förderungen, staatliche Monopole, Kennzeichnungspflichten etc. - und somit auch Regelungen im Bereich des ArbeitnehmerInnen-, Umwelt- und VerbraucherInnenschutzes. Hier verbirgt sich Deregulierung und Liberalisierung und eben darum geht es im TTIP. Die Prognosen: Bei einem Abbau von 50 Prozent der nichttarifären Maßnahmen wird ein Wachstum von ledialich 0,7 Prozent des EU-BIP vorausgesagt. Das aufgeteilt auf 28 EU-Staaten: ein bescheidener Wachstumseffekt, möglicherweise erkauft um einen hohen Preis.

Behauptung: Eine vierköpfige Familie in der EU würde durch das TTIP 545 Euro pro Jahr gewinnen.

Wahr ist: Laut Aussagen der EU-Kommission würde tatsächlich jede einzelne europäische Familie vom TTIP profitieren. Was unerwähnt bleibt sind Kosten für entstehende Arbeitslosigkeit und Qualifizierungsmaßnahmen, ebenso mögliche Probleme, die mit der Abschaffung von Gesundheits-, Sozial- und Umweltstandards einhergehen. Obwohl ein Sinken des europäischen Binnenhandels von bis zu 30 Prozent angenommen wird, werden die Folgen davon in den offiziellen Studien nicht einkalkuliert. Ob von möglichen volkswirtschaftlichen Gewinnen tatsächlich etwas bei den einzelnen Haushalten ankommt, ist daher fraglich.

Behauptung: Das TTIP höhlt den Rechtsstaat aus.

Wahr ist: Im TTIP ist geplant, eine Sondergerichtsbarkeit einzuführen.

Die Gefahr, dass der Rechtsstaat unmittelbar ausgehöhlt wird besteht nicht, dafür umso mehr, dass die Entscheidungen umgangen werden. So zum Beispiel geschehen bei der Klage Phillip-Morris gegen Australien, wo neben der Klage vor australischen Gerichten auch ein Schiedsgerichtsverfahren läuft. Tatsächlich besteht die Gefahr, dass durch die reine Androhung von Schiedsgerichtsverfahren sche Entscheidungen verzögert oder sogar verhindert werden, und auch neue Regelungen im Gesundheits-, VerbraucherInnen- und ArbeitnehmerInnenschutz als gewinnhemmend einklagbar wären.

Behauptung: Ausländische Konzerne werden durch TTIP massiv bevorzugt.



Wahr ist: Ausländische Konzerne. US-Unternehmen, die Möglichkeit, vor einem privaten Schiedsgericht zu klagen. Die Begründung ist, dass ausländische Konzerne im Vergleich zu inländischen vor nationalen Gerichten benachteiligt werden könnten. Im Falle der Einführung des Investitionsschutzes im TTIP könnten US-Konzerne Gewinneinbußen durch staatliche Gesetze und Regulierungen einklagen. Ein drastisches Beispiel für solche Prozesse in anderen Handelsabkommen ist die Klage des französischen Wasserkonzerns Veolia gegen den ägyptischen Staat. 2011 konnten sich die ägyptischen ArbeitnehmerInnen die Erhöhung des Mindestlohns um monatlich rund 30 Euro erkämpfen. Veolia sah dieses geringe Zugeständnis als Minderung seiner Investition und klagte.

Behauptung: Chlorhuhn, Genmais und Fracking halten in Europa Einzug.

Wahr ist: Bei Lebensmitteln gelten in der EU und in den USA unterschiedliche Marktzulassungsmechanismen. In Europa gilt das Vorsorgeprinzip und schon vor der Zulassung werden Regeln festgelegt. In den USA muss der Kunde hingegen sein Recht einklagen, wenn er ein Produkt als schädlich annimmt. Im TTIP ist die Streichung von Testverfahren und Zertifikaten für verschiedene Produkte vorgesehen, daher kann die Sicherheit von Lebensmitteln beeinträchtigt werden.

Ob das höchst umstrittene Fracking (Form der Erdöl- und Erdgasförderung, die unter Druck eine Mischung aus Wasser und Chemikalien in Bohrlöcher pumpt und dabei Risse im Gestein erzeugt) in Europa flächendeckend kommen würde, ist unklar. Allerdings gibt es zum Beispiel im Moment wiederum eine Klage vor einem Schiedsgericht im Rahmen des USA Kanada Mexico Freihandelsabkommen NAFTA, welche Befürchtungen aufkommen lässt:

Das kanadische Unternehmen Lone Pine klagt über seine US-Tochter die Provinz Quebec aufgrund des Fracking-Verbotes unter dem St. Lawrence Fluss. Besonders bizarr ist, dass das Unternehmen unter kanadischem Recht keine Möglichkeit für eine Klage gehabt hätte, durch seine US-Tochter aber schon. Solche Klagen könnten in Zukunft auch in der EU möglich sein.

Mehr erfahren

Mehr über TTIP können Sie auf den Webseiten www. gpa-djp.at/international und www.wien.arbeiterkammer. at/eu_nachlesen.

13



Am **Schandpfahl**

Der Presserat verteilt öffentliche Rügen an Medien, die ethische Grundregeln in der Berichterstattung verletzen.

von Alexia Weiss

er Österreichische Presserat stellte 2002 seine Tätigkeit ein, nachdem ein Konflikt mit der Kronen Zeitung eskaliert war. Außerdem wurden die Differenzen zwischen dem Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ) und dem ÖGB unüberbrückbar. Der VÖZ stieß sich vor allem an der sozialpartnerschaftlichen Organisation, die der Gewerkschaft in dem Gremium eine so wichtige Rolle einräumte.

2010 wurde der Presserat wieder gegründet – und, betont dessen Präsidentin Astrid Zimmermann im Gespräch mit der KOMPETENZ, "steht heute auch rechtlich korrekt da". Der Presserat ist heute eine als Verein organisierte Selbstregulierungseinrichtung, dessen Träger die

wichtigsten Journalisten- und Verlegerverbände Österreichs sind.

In den Presserat-losen Jahren dazwischen wurde Mediengeschichte im negativen Sinn geschrieben. In diese Zeit fiel sowohl der Fall Fritzl in Amstetten als auch das Auftauchen der entführten Natascha Kampusch. "Hier wurden von vielen Medien alle ethischen Regeln missachtet. Und es war kaum jemand da, der das laut gesagt hat, außer dem Presseclub Concordia oder einzelnen Medienanwälten", bedauert Zimmermann.

Kein zahnloses Mittel

Die Journalistengewerkschaft war eine der treibenden Kräfte dabei, dass wieder ein Presserat eingesetzt wird. "Manche sagen zwar, es sei ein zahnloses Mittel", so Zimmermann, "aber es ist ein öffentlicher Schandpfahl." Und offenbar ist es nicht sehr angenehm, an diesem zu stehen. War es früher die Kronen Zeitung, die der Presserat öfters klagte, so ist es heute "Österreich", und zwar, wie die Präsidentin erklärt, "wegen unlauteren Wettbewerbs". Es sei eben doch unangenehm, hier öffentlich gerügt zu werden.

Eine Beschwerde an den Presserat kann von jedem/r LeserIn, aber auch von sonstigen Betroffenen eingebracht werden. Allerdings, und das räumt auch Zimmermann ein, gibt es einen Wermutstropfen: Wer den Presserat anruft, verzichtet gleichzeitig auf den Gang vor Gericht. Die Entscheidung, ob ein veröffentlichter Artikel unethisch ist, wird dann jeweils in einem Senat getroffen, der aus Journalisten unter dem Vorsitz eines/r Juristen/in besteht.

Ethische Verstöße

Die Fallstatistik für das Jahr 2013 zeichnet bei den Beanstandungen ein klares Bild. Insgesamt wurde der Presserat 155-mal angerufen – in 16 Fällen wurde ein Verstoß geortet, viermal eine Lösung im Ombudsverfahren erreicht und elf Verfahren sind noch nicht abgeschlossen. Ethische Verstöße sah der Presserat in acht Beiträgen der Kronen Zeitung,

sechs Artikeln in "Österreich", einem Echo-Text und einem News-Beitrag.

In der Kronen Zeitung ist es vor allem die Kolumne "Post von Jeannée", mit der sich der Presserat immer

wieder zu befassen hat. Im Jänner dieses Jahres hatte der Autor darin vier einer Straftat verdächtige junge Männer als "elendes, niederträchtiges Pack" und "Dreckskerle" bezeichnet. Aus Sicht des Presserats, der hier selbst das Verfahren einleitete, wurde dabei gegen das Prinzip der Unschuldsvermutung verstoßen.

"Österreich" wiederum geriet im Herbst 2013 durch abgedruckte direkte Zitate des Kapitäns des österreichischen Fußball-Nationalteams, Christian Fuchs, sowie von Teamchef Marcel Koller in die Negativschlagzeilen. Wie sich herausstellte, haben diese Gespräche niemals stattgefunden, auch das ist ein Verstoß gegen den Ehrenkodex des Presserats.

Online-Medien im Blick

Hat sich durch die Wiedereinrichtung des Gremiums in der Qualität der Berichterstattung generell etwas verbessert? "Um ganz ehrlich zu sein, für mich ist es schon ein

Erfolg, dass es sich nicht weiter verschlechtert hat", sagt Zimmermann. Sie freut sich, dass nun auch der Regionalmedienverband mit an Bord des Presserats ist. Ein Fortschritt sei zudem, dass die Online-Medien, die zu den Verlagsmedien gehören, nun vom Presserat mitkontrolliert werden.

Die Online-Welt hat aus Sicht der Presserats-Präsidentin insgesamt jede Menge Tücken. Nicht zuletzt die sozialen Netzwerke wie Facebook haben zu dem Trend geführt, dass zunehmend Privates veröffentlicht wird. "Die Individualisierung ist eine Begleiterscheinung des Neolibera-

Eine Beschwerde an den Presserat kann von jedem/r LeserIn eingebracht werden!

lismus und hat zu einer starken Personalisierung geführt. Die Grenzen zwischen öffentlich und privat sind sehr fließend geworden."

Persönliche Details vermeiden

Voyeurismus und Gossip seien heute tragende Säulen der Boulevardmedien. "Wenn ich ganz hart bin, muss ich aber sagen: Die Pressefreiheit ist erkämpft worden, damit kritisch gegen Mächtige in Politik und Wirtschaft berichtet werden kann."

Beispiel Suizid, zuletzt der eines jungen Mannes, der eine Explosion in einem Wiener Wohnhaus auslöste, wodurch ein Teil des Daches in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dieser Selbstmord habe zwar sicher Nachrichtenwert gehabt, immerhin sei der Schaden am Haus sichtbar gewesen. Über den Toten auch persönliche Details zu berichten, das sei aber nicht nötig. Grundsätzlich sollten Berichte über Suizide vermieden werden, denn man wisse, dass das Nachahmungstäter anstachle. "Was ist der Infowert einer Selbsttötung?".

fragt Zimmermann. "Brauche ich das, um als Bürger Entscheidungen treffen zu können? Hier wird ein Voyeurismus bedient. Das sind Geschäftsmodelle, die mit Pressefreiheit nichts zu tun haben."

Der Presserat hat übrigens erst vergangenes Jahr in seinen Ehrenkodex einen Punkt aufgenommen, wonach bei der Berichterstattung über Suizide besondere Sorgsamkeit zum Tragen kommen muss, eben um nachahmende Selbsttötungen zu vermeiden. Und dass es im Zug detaillierter Berichterstattungen zu solchen komme, das sei empirisch belegt, betont Zimmermann.

Voyeurismus und Gossip sind heute tragende Säulen der Boulevardmedien, die Grenzen zwischen öffentlich und privat sind fließend geworden.





Norbert Scheed 1962-2014

Barbara Teiber, Regionalgeschäftsführerin der GPA-dip Wien, zum überraschenden Tod von Norbert Scheed.

> ib den Jahren Leben und nicht dem Leben Jahre", war einer der Lebensgrundsätze von Norbert Scheed. Für viele von uns war die Nachricht vom überraschenden Tod Norberts völlig unbegreiflich und ein Schock. Er ist viel zu früh von uns gegangen. Wir alle hätten von seiner Leidenschaft für das Leben und seiner Liebe zu den Menschen und zur Welt noch so viel profitieren können. Das, was uns Norbert hinterlässt, wird nicht nur als Erinnerung an einen guten Menschen fortwirken, sondern als konkrete Basis für viele Dinge, von denen heute Menschen profitieren.

> Norbert Scheeds Heimat war die Gewerkschaftsbewegung. Er war zwischen 1986 und 2006 in der Gewerkschaft der Privatangestellten beschäftigt. Er führte bereits in sehr jungen Jahren die Wiener Landesorganisation und baute diese nach der Organisationsreform zur größten Organisationseinheit nicht nur der GPA-djp, sondern des gesamten ÖGB um. Er prägte den

Begriff "Stadtgewerkschaft", und damit einher ging die Erkenntnis, dass eine Gewerkschaft in einer Metropole wie Wien ganz spezifische Formen der Kommunikation und Interessenpolitik braucht. Dieser Ansatz fand auch erfolgreich Eingang in die Lokalpolitik, die er in der Wiener Donaustadt als Bezirksvorsteher engagiert entwickelte.

Als ich meine hauptberufliche Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung begann, zählte Norbert mit zu den wichtigsten Menschen, denen ich begegnete. Ich erinnere mich noch an viele Gespräche mit ihm, die durchwegs extrem inspirierend waren und einen großen Eindruck hinterließen. Er war ein Politiker, der nie die großen Leitlinien für künftige gesellschaftliche Entwicklungen außer Acht ließ, man könnte auch sagen, er war ein strategischer Kopf. Er hat viele junge, engagierte Menschen für die politische Arbeit begeistern können, Menschen, die heute in vielen Ebenen ihren Mann und ihre Frau stehen.

Eine seiner nachhaltigsten "Erfindungen" war der Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds (WAFF). Eine Institution, die heute nicht mehr aus dem Wiener Wirtschaftsleben wegzudenken ist und Tausenden Wienerinnen und Wienern geholfen hat, nicht den Anschluss am Arbeitsmarkt zu verlieren. Norbert Scheed war nicht nur ein Mensch, der versuchte gesellschaftliche Entwicklungen vorwegzunehmen, sondern er hatte auch ein stark ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein. Durch seine intensive Auseinandersetzung mit den Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts, mit den fatalen Folgen von Massenarbeitslosigkeit und wirtschaftlichem Niedergang, wusste er auch, wie brüchig Demokratie und friedliches Zusammenleben sind. Die Erinnerung an Norbert und seine Grundsätze werden mir und vielen anderen immer eine Kraftquelle bleiben, wenn es darum geht, eine freie und friedvolle Zukunft in Wohlstand für uns alle zu sichern - gerade in diesen Tagen ein höchst wertvolles Gut.

DragonImages - Fotolia

Arbeitswelt

KV bei NIKI abgeschlossen



© Stauke - Fotolia.com

Sports Direct: Kampf um Rechte

Betriebsrat, Beschäftigte und Gewerkschaft fordern mehr Mitbestimmung.

Filialschließungen ohne Sozialplan, keine Informationen über die geplante Weiterführung des Unternehmens und eine Reihe eigenartiger Anweisungen – für die Beschäftigten von Sports Direct, wie Sport Eybl und Sports Experts jetzt heissen, brachte die Übernahme durch das britische Unternehmen eine Reihe von Verschlechterungen und große Unsicherheit.

"Hier haben wir es mit einer Großbaustelle zu tun: Die Geschäftsführung ist offensichtlich vom Eigentümer angewiesen, britisches Recht auch in Österreich durchzusetzen, ohne unsere Rechtslage zu

respektieren. Leidtragende sind die Beschäftigten", ärgert sich Karl Proyer von der GPA-djp.

Ein großes Problem sind zum einen die geschlossenen Filialen. Den vom Betriebsrat geforderten Sozialplan für die Betroffenen ist die Geschäftsführung nach wie vor schuldig. Für Ärger unter den Beschäftigten sorgte auch die neue Dienstkleidung, weil sie die Beschäftigten unter den Generalverdacht des Ladendiebstahls stellte: Die Zentrale wollte Hosen ohne Taschen, außer für Manager. Hier gab es bereits eine erfolgreiche erste Einigung, der Betriebsrat konnte sich durchsetzen.

Ende September wurde der Unternehmenskollektivvertrag für die NIKI Luftfahrt GmbH unterzeichnet. Dieser Kollektivvertrag ist die Basis für eine Direkteinstellung des gesamten fliegenden und technischen Personals bei der Airline und gilt nun bereits seit 1. Oktober. Mit Jänner 2015 wird die Fixanstellung umgesetzt.

Betriebsratsvorsitzende Verena Schallgruber sieht den KV als historischen Meilenstein für die NIKI Belegschaft: "Gemeinsam ist es gelungen, die Zeit der Leiharbeit bei NIKI zu beenden und einen Kollektivvertrag zu schaffen, der für alle Unternehmensbereiche Gültigkeit hat."

Auch Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-dip, begrüßte diese Lösung: "Dass alle 700 Beschäftigten von NIKI nun geregelten Arbeitsverhältnissen unterliegen und Leiharbeitsverhältnisse der Vergangenheit angehören, ist ein wichtiger Schritt, zu welchem dem Betriebsrat und der Belegschaft zu gratulieren ist." Der Abschluss beweist, dass auch in turbulenten Zeiten in der Luftfahrt rasch und vernünftig Lösungen erzielt werden können.

Handels-KV gilt bis 2015

Zur Erinnerung: Der gültige Doppelabschluss vom Herbst 2013 brachte den Beschäftigten ein garantiertes Mindestgrundgehalt von 1.450 Euro und 1.500 Euro ab Jänner 2015. Die Mindestgehälter für Handelsangestellte bis zur Grenze von 1.850 Euro waren für 2014 um 2,55 Prozent, darüber um 2,5 Prozent erhöht worden. Für 2015 hatte man sich auf eine Erhöhung um den Verbraucherpreisindex (VPI) mit einem Aufschlag von 0,4 Prozent für alle verständigt. Die nächsten Kollektivvertragsverhandlungen für die Beschäftigten im Handel finden daher erst wieder im Herbst 2015 statt!



Kein Grund zur Zurückhaltung!

Bei der Herbstlohnrunde kommen heuer zur wirtschaftlichen Gesamtsituation in Europa große Unsicherheiten infolge der Russland-Ukrainekrise.

von Martin Panholzer

en Auftakt bei den herbstlichen Lohn- und Gehaltsverhandlungen macht wie gewohnt die Metallindustrie für etwa 170.000 Beschäftigte. Der gemeinsam von der Produktionsgewerkschaft PRO-GE und GPA-djp getätigte Abschluss gilt nach wie vor als Richtschnur für andere Branchen. Im vergangenen Jahr ist es wieder gelungen, trotz getrennter Verhandlungsstrukturen einen einheitlichen Abschluss in allen Fachverbänden der Metallindustrie zu erreichen. "Es

ist wirklich zu hoffen, dass sich bei den Arbeitgebern langsam die Einsicht durchsetzt, dass die getrennten Verhandlungen nicht der Weisheit letzter Schluss sind. Durch eine uns von den Arbeitgebern 'aufgezwungene' Verhandlungsstruktur ist viel Zeit und Kraft aufgebraucht worden, die wir besser für zukunftsrelevante Themen investieren hätten können", so der Chefverhandler der GPA-djp, Karl Proyer. "Es ist als Signal in die richtige Richtung zu werten, dass bei der Forderungsübergabe am 25.

September wieder alle sechs Fachverbände mit uns an einem Tisch saßen", so Proyer.

Beschäftigung und Nachfrage sichern

Was die Menschen derzeit zweifellos am meisten beschäftigt ist die Frage, ob von den Lohn- und Gehaltsabschlüssen am Ende des Tages auch netto ein Plus für ihre Familien bleibt sowie sicherlich auch die Frage, ob in Zukunft

ausreichend Beschäftigung da ist und der Wirtschafts- und Industriestandort Österreich gesichert bleibt. Die Metallbranche trägt als das Herzstück der österreichischen Wirtschaft, in der eine hohe Wertschöpfung erfolgt, eine große Verantwortung für die Gesamtwirtschaft. "Deshalb haben wir auch die sogenannte Freizeitoption (siehe Kasten) als Forderung in die Verhandlungen eingebracht, die ein Beitrag zur Beschäftigungssicherung sein soll, von der alle Seiten einen Nutzen ziehen" erklärt Karl Proyer.

Beschäftigte arbeiten flexibel

Wenn von Arbeitgeberseite immer wieder die mangelnde Flexibilität der Gewerkschaften in Sachen Arbeitszeit aufs Tapet gebracht wird, muss einmal mehr klipp und hoffentlich rasch kommen wird – bei ihren Forderungen nach einer kräftigen Bruttolohn- und Gehaltserhöhung Abstriche gemacht werden. Denn: Nur wenn die Kaufkraft nachhaltig gestärkt wird, wird die Wirtschaft wieder an Dynamik gewinnen. Zuletzt hat selbst die OECD eingeschätzt, dass Lohnsteigerungen auch im Sinne der Krisenbewältigung in Österreich besonders wichtig seien.

"Es besteht überhaupt kein Grund zur Zurückhaltung bei den aktuellen Lohn- und Gehaltsverhandlungen. Selbstverständlich sehen auch wir die aktuellen Probleme sowohl bei der Inlandsnachfrage als auch bei den unsichereren Exporten. Wenn aber im Jahr 2013 wieder zwei Drittel des Jahresüberschusses an die Aktionäre ausgeschüttet wurden, dann

Nur wenn die Kaufkraft gestärkt wird, kann die Wirtschaft an Dynamik gewinnen.

klar gesagt werden: Die Beschäftigten in der Metallindustrie arbeiten in einem hohen Ausmaß flexibel! Bei den Angestellten ist die Gleitzeit inzwischen das überwiegende Arbeitszeitmodell, und man fragt sich, welche zusätzliche Flexibilität da noch Platz greifen soll.

"Wenn die Debatte um Flexibilität aber nur vorgeschoben wird, um in Wirklichkeit bei den Gehältern und den Überstundenzuschlägen zu sparen, dann werden wir weiterhin kein Partner bei den Verhandlungen sein", so Proyer. "Wir brauchen in Wirklichkeit Mechanismen, um zum Beispiel der ausufernden Verbreitung von All-in-Verträgen einen Riegel vorzuschieben."

Die Gewerkschaften werden sicher nicht zulassen, dass mit dem Verweis auf eine Lohnsteuerentlastung – die aufgrund der ÖGB-Kampagne kann es den Unternehmen nicht so schlecht gehen. Alle Akteure müssen ein Interesse daran haben, dass sowohl Beschäftigung gesichert wird als auch jene, die es dringend nötig haben, eine Stärkung ihrer Kaufkraft erfahren. Sicherheit und Stabilität für die Beschäftigten ist gerade in einem unsicheren Umfeld ein Signal, das weit über die Metallbranche hinaus wirkt", gibt Proyer die Linie für die Lohn- und Gehaltserhöhung vor.

Handel mit Doppelabschluss

Die rund 500.000 Angestellten im österreichischen Handel können sich heuer aufgrund des im Vorjahr getätigten Doppelabschlusses auf eine reale Erhöhung der Mindestgrundgehälter um 0,4 Prozentpunkte über der aktuellen Inflationsrate verlassen. Das niedrigste Mindestgrundgehalt liegt mit 1.

Freizeitoption

Der Kollektivvertrag sieht vor, dass anstelle der Ist-Gehaltserhöhung den einzelnen ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit eröffnet wird, statt der Gehaltserhöhung zusätzliche und nachhaltige Freizeit zu vereinbaren. Voraussetzung dafür, dass in einem Betrieb diese Freizeitoption angewandt werden kann, ist der Abschluss einer freiwilligen Betriebsvereinbarung.

Termine Metall

Gemeinsame

Forderungsübergabe: 25.9.

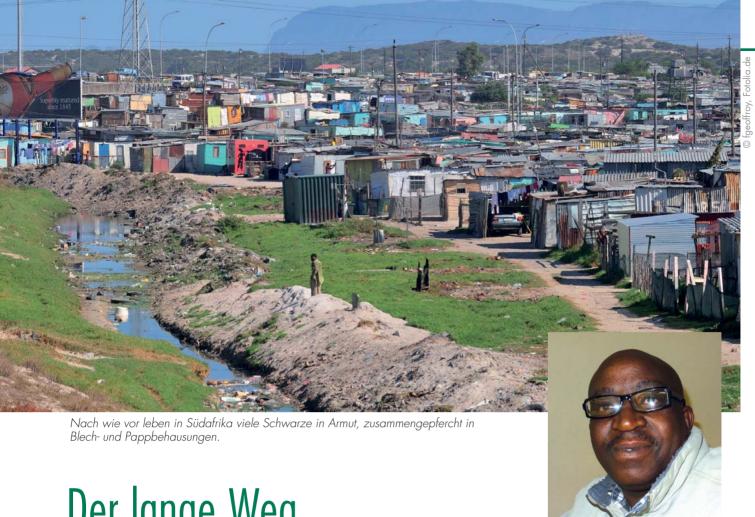
Verhandlungsbeginn

FMMI: 25.9.
Gas/Wärme: 17.10.
Fahrzeugbau: 15.10.
Bergbau/Stahl: 15.10.
Gießereien: 20.10.
NE-Metalle: 20.10.
Metallgewerbe: 8.10.

Internet

Informationen zum aktuellen Verhandlungsstand finden Sie auf der Homepage www.gpa-dip.at

Jänner 2015 bei 1.500,— Euro brutto. Die laufenden Verhandlungen über eine grundlegende Reform und Modernisierung des kollektivvertraglichen Gehaltssystems sind auf einem guten Weg.



Der lange Weg zur Gleichstellung

Chris Moropa, Minenarbeiter

20 Jahre nach Ende der Apartheit kämpfen die Gewerkschaften in Südafrika immer noch um die soziale und wirtschaftliche Gleichstellung der Schwarzen.

Das Interview führte Tina Ruprecht.

eit dem Ende der Apartheid vor 20 Jahren kämpfen die südafrikanischen Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit der vom African National Congress (ANC) geführten Regierung für mehr Gerechtigkeit für die schwarze Bevölkerungsmehrheit. Faire Löhne und eine Verbesserung der Wohnverhältnisse stehen im Vordergrund. Die Gewerkschaften versuchen unter anderem, mittels Streiks diese Ziele zu erreichen. Sie kämpfen auch für mehr Gleichstellung zwischen Schwarz und Weiß

im höheren Management. Besonders schwierig dabei gestaltet sich die Verbesserung der Bildungsstandards.

Nach wie vor lebt im Schwellenland Südafrika ein großer Teil der schwarzen Bevölkerung in Armut, zusammengepfercht in Blech- und Pappbehausungen. Dramatisch hoch mit 40 Prozent ist die Arbeitslosenrate. Viele haben keinen Schulabschluss und keine Ausbildung. Eine immense Problematik stellt auch die Wasserknappheit dar. Auch die enorme

Kriminalität – hervorgerufen durch die sozialen Bedingungen, wie extreme Armut, Arbeitslosigkeit, Alkohol und Drogen – ist eine beträchtliche Belastung.

Soziale Probleme Südafrikas

"weltumspannend arbeiten", ein entwicklungspolitischer Verein im ÖGB, organisierte eine Begegnungsreise für BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen nach Südafrika. Tina Ruprecht von der GPA-djp Salzburg hatte Gelegenheit, vor Ort Einblicke in die aktuellen Probleme gewerkschaftlicher Arbeit zu gewinnen und sprach mit Chris Moropa, der seit 1995 Minenarbeiter bei der Firma SASOL in einem Kohlebergwerk in Secunda, Südafrika, ist.

KOMPETENZ: Wir haben gehört. dass das Gehalt bei der Firma SASOL um einiges höher ist als in anderen Unternehmen.

Chris Moropa: Ehrlich gesagt bin ich nicht immer zufrieden hier im Betrieb. Der Verdienst liegt für die Einsteiger gerade mal bei 6.200 Rand pro Monat (440 Euro). Dieses Gehalt ist sehr gering und für die Versorgung einer Familie absolut nicht ausreichend. Ich selbst verdiene zurzeit 7.000 Rand (492 Euro). Ich lebe mit meiner Familie in einer Township in einem typischen 4-Zimmer-Haus, das ich mir gerade leisten kann.

KOMPETENZ: Stimmt es, dass die Firma SASOL sehr viel Wert auf Sicherheit legt?

Chris Moropa: Das stimmt. Tödliche Unfälle sind aufgrund der Sicherheitsvorkehrungen mittlerweile sehr selten. In der Geschichte von SASOL gab es zwei größere Minenunglücke: Einmal wurde ein Schacht geflutet und einmal gab es eine Explosion.

KOMPETENZ: Bist du Mitglied der Gewerkschaft?

Chris Moropa: Ja, seit über 20 Jahren bin ich Mitglied der Gewerkschaft, und offen gesagt würde ich ohne die Unterstützung der Gewerkschaft nicht mehr bei SASOL beschäftigt sein. Als ich 1995 – ein Jahr nach dem Ende der Apartheid - bei diesem Unternehmen meine Arbeit begann, verdiente ich gerade einmal 700 Rand im Monat (49 Euro). Durch die Verhandlungen der Gewerkschaft stiegen die Gehälter immer wieder an. Zuschläge für Wohnungen wurden vereinbart. Weiters hat

die Gewerkschaft erkämpft, dass das Unternehmen Wohnungen Häuser in den Townships für MitarbeiterInnen zur Verfügung stellt und Beratungen bei Kreditvergaben organisiert.

KOMPETENZ: HIV ist ein vieldiskutiertes und problematisches Thema in Südafrika. Wie siehst du hier die aktuelle Lage?

Chris Moropa: Das Unternehmen stellt die medizinische Versorgung für HIV-infizierte MitarbeiterInnen zur Verfügung. Niemand wird deshalb gekündigt. Aber viele Leute wollen nicht zu der Klinik hier auf dem Gelände gehen, weil sie Angst haben, dass andere etwas über ihre Krankheit erfahren. Es werden leider immer noch viele Menschen deshalb diskriminiert. Einige Leute vertrauen auch eher auf traditionelle Heiler und traditionelle afrikanische Medizin.

KOMPETENZ: Seit 20 Jahren ist die Apartheid vorbei. Wie hast du diese Veränderungen wahrgenommen?

Chris Moropa: Ich war damals noch ein Kind und wuchs im ländlichen Bereich auf. Natürlich habe ich mitbekommen, dass Weiß und Schwarz weder das Büro geschweige denn die Toiletten gemeinsam benutzen durften. Aus der Kaffeetasse eines Weißen durfte man als Schwarzer auch nicht trinken und es gab getrennte Stiegenaufgänge. SASOL war in der Zeit nach dem Ende der Apartheid bemüht, Schwarze zu beteiligen bzw. ins Management zu holen. Mittlerweile besteht das mittlere und höhere Management zu 53 Prozent aus Schwarzen. Es hat sich also viel getan.

KOMPETENZ: Was sollte sich in punkto Gleichstellung noch ändern?

Chris Moropa: Es ist nach wie vor nicht immer so einfach, wenn ein Schwarzer eine weiße Frau heiraten will. Ein neues Südafrika gibt es erst dann, wenn die Weißen in den Townships einige Zeit leben würden und wir Schwarzen in den tollen und teuren weißen Wohngegenden.

KOMPETENZ: Was wünscht du dir für die Zukunft?

Chris Moropa: Einen besseren Verdienst für meine Familie und für

Gewerkschaften in Südafrika

Mittlerweile gibt es 191 registrierte Gewerkschaften in Südafrika. Einer der größten und am schnellsten wachsende Gewerkschaftsbünde ist der Congress of South African Trade Unions (COSATU) mit über 2,2 Mio. Mitgliedern. Die National Union of Mineworkers (NUM) und die Association of Mineworkers (AMCU) sind die federführenden Gewerkschaften im Bergbau. Gerade in dieser Branche wird oft gestreikt.

Der Platinum-Streik 2014 war der längste Streik Südafrikas und dauerte über fünf Monate an. Die Schattenseiten der Streiks: Für die Streikenden gibt es in dieser Zeit keinerlei Einkommen bzw. finanzielle Unterstützung. Immer wieder kommen dabei auch Menschen ums Leben!

"Das Ideal einer demokratischen, freien Gesellschaft, in der alle Menschen harmonisch und mit gleichen Chancen zusammenleben, ist immer mein höchstes Ideal gewesen. Es ist ein Ideal, für das ich leben möchte, und von dem ich hoffe, dass ich es erreichen werde."

Nelson Mandela



Kollektivvertrag für TierärztInnen

Die Plattform "Junge Tierärzte" hat viel erreicht und kämpft weiter für Gehaltserhöhungen und Verbesserungen.

von Barbara Lavaud

ls 2011 die Plattform der "Jungen Tierärzte" ins Leben gerufen wurde, war schnell klar, dass die Arbeitsbedingungen in dieser Branche sehr unterschiedlich sind. "In einigen Praxen kann man sogar von katastrophalen Arbeitszeiten und Entgeltbestimmungen sprechen", sagt Eva Scherz von der GPA-djp, die die ÄrztInnen der Plattform von gewerkschaftlicher Seite her unterstützt.

Die "Jungen Tierärzte" hatten sich ursprünglich an die GPA-djp gewandt, weil es in ihrer Branche keinen Kollektivvertrag gab. Seitdem ist schon sehr viel erreicht worden: sowohl ein Mindestlohntarif für angestellte Tierärztlnnen als auch eine Erneuerung des

Tierärztekammergesetzes. Angestellte TierärztInnen haben nun auch Rechtsanspruch auf Urlaubsund Weihnachtsgeld, Anrechnung von Karenzzeiten und die Abgeltung der Rufbereitschaft.

Mit dem neuen Tierärztekammergesetz hat die Arbeitgeberseite auch die Möglichkeit erhalten, einen Kollektivvertrag zu verhandeln. "Die ersten Gespräche verliefen in einem sehr konstruktiven Klima", berichtet Eva Scherz, "im Juni wurden die Verhandlungen allerdings von der Arbeitgeberseite abgebrochen, weil wir auch heuer wieder einen Antrag auf Erhöhung des Mindestlohntarifes einbringen werden." Deshalb hatte die GPA-djp im Sommer eine österreichweite Umfrage unter allen

angestellten TierärztInnen gestartet, die eindeutig einen Arbeitsauftrag für Verhandlungen ergab: Vor allem die Unzufriedenheit mit den Gehältern und den fehlenden Gehaltserhöhungen ist enorm groß ist.

Der Mindestlohntarif wurde nun erfolgreich um 2,1 Prozent erhöht. "Aber da ist trotzdem noch einiges zu tun, wir bleiben dran", verspricht Eva Scherz. Anfang Oktober wurden die Kollektivvertragsverhandlungen wieder aufgenommen. "Die Gewerkschaft ist genauso stark wie ihre Mitglieder. Wir möchten daher alle angestellten TierärztInnen einladen, Mitglied der Gewerkschaft zu werden!"

Info: www.gpa-djp.at/tieraerzte



Arbeitszeit: Kontrolle ist besser

Neue Broschüre zu fairen Arbeitszeiten.

Arbeitszeit ist sowohl bei Führungskräften als auch im Außendienst ein zentrales Thema, wo es immer wieder zu Überschreitungen kommt. "Bei systematischen Arbeitszeitverletzungen durch manche Arbeitgeber werden wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen", versprach der stv. Bundesgeschäftsführer Karl Proyer anlässlich einer BR-Konferenz im September in Hainburg. Dort trafen sich Betriebsrätinnen der Interessengemeinschaften work@professional (branchenübergreifend für LeiterInnen von Abteilungen, Teams, Filialen, WerkmeisterInnen etc.) und work@external (branchenübergreifend zum Außendienst, mobilen Diensten, Montage etc.).

Proyer erinnerte besonders an die Möglichkeit zur Kontrolle durch die Arbeitsinspektorate sowie auch daran, dass die tatsächlichen Strafen durch die Bezirksverwaltungsbehörden ausgesprochen werden müssen. Diese Behörden kommen dem allerdings nicht immer nach. Die GPA-



FLEXIBLE ARBEITSZEITEN

Bei der Konferenz wurde die Broschüre "Flexible Arbeitszeiten fair, sozial und gesundheitsverträglich gestalten", die sich ausgiebig den Themen gleitende Arbeitszeiten, Allin-Vereinbarungen und Vertrauensarbeitszeit widmet, präsentiert. Die Broschüre gibt es als Download auf:

www.gpa-djp.at/interesse

KV Werbung und Marktkommunikation

Jährlich im Herbst wird der Kollektivvertrag für "Werbung und Marktkommunikation" für rund 12.000 Angestellte in Wien verhandelt.
Ziel der GPA-djp ist es, den KV auf ganz Österreich auszuweiten,
was allerdings die Wirtschaftskammer nicht unterstützt.
Da sich auch die Verhandlungen um eine Ist-Erhöhung schwierig
gestalteten, kämpfte die GPA-djp in den vergangenen Jahren auch
um zusätzliche Freizeit: Der freie 24. Dezember, der freie 31.
Dezember und ein individuell konsumierbarer zusätzlicher freier Tag
waren die Verhandlungserfolge der vergangenen Jahre! Nicht vergessen: Dieser zusätzliche Freizeittag ist heuer noch bis Jahresende
wie Zeitausgleich zu konsumieren.

Service

Watchlist Praktikum

Ein Taschengeld statt des Kollektivvertraasgehalts? Überstunden ohne Ende? Nicht angemeldet bei der Versicherung? PraktikantInnen können "schwarze Schafe" unter den Dienstgebern im Internet aufdecken. Auf der Online-Plattform watchlist-praktikum. at können Missstände bei Praktika anonym aufgezeigt werden. Betroffene können ebenfalls anonym – über ihre Erfahrungen während eines Praktikums berichten. Die gesammelten Daten werden schließlich an die Gebietskrankenkassen weitergeleitet, die alle Fälle genau prüfen und Unternehmen gegebenenfalls auch strafen können. Missbrauch durch Arbeitgeber soll so ein Riegel vorgelegt werden.

Diese Anlaufstelle für Praktikantlnnen wurde von der GPA-dip mit Unterstützung des Sozialministeriums ins Leben gerufen. "Die Plattform soll dazu dienen, die Rechte von jungen Menschen in der Arbeitswelt durchzusetzen, damit sie die Leistungen bekommen, die ihnen für ihre Arbeit auch zustehen," erklärt Veronika Kronberger.

Infos unter: watchlist-praktikum.at



contrastwerkstatt - Fotolia.co



Freud und Leid eines Jungvaters

Jungväter, die in Karenz gehen wollen, werden in vielen Betrieben noch immer diskriminiert. Die GPA-dip Steiermark hat einem Betroffenen seinen Arbeitsplatz gesichert.

von Michaela Zakostelsky, Rechtschutz GPA-djp Steiermark

ene S. (28) ist seit vielen Jahren als Konstrukteur in einem Betrieb der metallverarbeitenden Industrie in Graz tätig. Im Sommer 2013 kommt sein Sohn zur Welt. Herr S. ist von seiner neuen Rolle als Jungvater begeistert und möchte bei der Betreuung des Kleinkindes aktiv mithelfen. Daher will sich die Jungfamilie die Kinderbetreuung aufteilen: Die ersten 12 Monate soll der Kleine von der Mutter versorgt werden, im Anschluss daran will sich der Vater zwei Monate lang ausschließlich um sein Kind kümmern.

Im Rahmen des geltenden Karenzrechtes hat Rene S. einen Anspruch auf die beabsichtigte Karenz. Er muss den beabsichtigten Zeitpunkt der Karenz spätestens drei Monate vor dem Beginn bekanntgeben. Ab

diesem Zeitpunkt besteht für ihn ein besonderer Kündigungs- und Entlassungsschutz. Vorher will Herr S. daher keinem in der Firma erzählen, dass er vorhat, sich eine Zeit lang sehr intensiv seinem Kind zu widmen.

Im Überschwang der Gefühle

Doch es kam anders als geplant. Bei einem freundschaftlichen Gespräch im Rahmen einer Weihnachtsfeier kam der direkte Vorgesetzte des Jungvaters mit diesem über seinen Sohn ins Gespräch. Ihn interessierte die Entwicklung seines Kindes und wie der Mitarbeiter mit den großen, aber erfreulichen Veränderungen in seinem Leben zurecht kam. Im Laufe des Gespräches wurde Rene S. von seinem Vorgesetzten auch gefragt,

ob er beabsichtige, für die Betreuung seines Sohnes Väterkarenz oder Elternteilzeit in Anspruch zu nehmen. Im Überschwange der Gefühle antwortete der Arbeitnehmer wahrheitsgemäß. Er erzählte, dass er beabsichtige, zwei Monate Väterkarenz im Anschluss an das Karenzjahr der Mutter in Anspruch zu nehmen.

Das war ein schwerer Fehler. Denn gerade einmal eine Woche bevor Rene S. seinen Antrag auf die zweimonatige Karenz einbringen wollte, zeigte der Arbeitgeber sein wahres Gesicht: Der Jungvater erhielt die Kündigung und fiel aus allen Wolken. Doch es kam noch krasser: Er wurde mit sofortiger Wirkung dienstfrei gestellt. Verzweifelt wandte sich Rene S. an die RechtsschützerInnen der GPA-djp

Recht aktuell

Steiermark. Er wurde dabei auch vom Betriebsrat seines Unternehmens tatkräftig unterstützt. Die RechtsexpertInnen halfen Herrn S., eine Klage zu formulieren und einzubringen und erklärten ihm seine rechtliche Situation. Die Kündigung wurde mit einer Klage angefochten und zwar wegen des verpönten Motivs zur Kündigung und auch wegen Diskriminierung gemäß des Gleichbehandlungsgesetzes. Klage wurde auch mit der Sozialwidrigkeit der Kündigung begründet schließlich handelte es sich bei dem Gekündigten um den Alleinerhalter einer Jungfamilie.

Motivkündigung glaubhaft gemacht

Nach mehreren Verhandlungsrunden konnte mithilfe der GPA-djp-RechtsschützerInnen glaubhaft gemacht werden, dass der Grund für die Kündigung die Ablehnung von Väterkarenz und Elternteilzeit durch den Arbeitgeber war. Zunächst wurde dargestellt, dass im betroffenen Betrieb auch in der Vergangenheit nur äußerst widerwillig akzeptiert wurde, dass Karenz

bzw. Elternteilzeit in Anspruch genommen wird. Im konkreten Fall konnte Herr S. mithilfe der ExpertInnen aus der Gewerkschaft glaubhaft machen, dass dem Dienstgeber seine Absichten auf zweimonatige Väterkarenz bekannt waren. Es wurde dargestellt, dass die Kündigung von Rene S. unmittelbar vor jenem Zeitpunkt ausgesprochen wurde, zu dem er seinen Antrag einbringen wollte und damit den besonderen Kündigungsschutz erlangt hätte. Der zeitliche Zusammenhang war offensichtlich. Somit lag ein verpöntes Motiv für die Kündigung vor.

Auch die Diskriminierung konnte glaubhaft gemacht werden, denn das Arbeitsverhältnis wurde ja ganz offensichtlich deswegen aufgelöst, um das Vorhaben von Herrn S., Väterkarenz in Anspruch zu nehmen, zu vereiteln.

Das erfreuliche Ergebnis war eine große Erleichterung für die junge Familie: Nach mehreren Verhandlungsrunden hat der Arbeitgeber die ungerechtfertigte Kündigung zurückgezogen. So konnte der junge Nurith Wagner-Strauss

Rechtsexpertin Andrea Komar

In dieser Ausgabe berichten wir darüber, wie die Rechtsschütze-

rlnnen der GPA-djp Steiermark einem jungen Vater halfen, sein Recht auf Väterkarenz durchzusetzen und seinen Arbeitsplatz zu behalten.

Vater seinen Arbeitsplatz im Betrieb behalten.

Die RechtsschützerInnen der GPAdjp empfehlen daher besonders
jungen Vätern und Müttern, nicht
im Überschwang der Gefühle und
in vermeintlicher Vertraulichkeit
ihrem Arbeitgeber die beabsichtigten Pläne eine Karenz betreffend
vorzeitig zu verraten. Glücklicherweise konnte in diesem Falle mithilfe der GPA-djp Steiermark der
Arbeitsplatz des Familienvaters
gerettet werden.

Arbeitsrechtliche Karenzregelungen

Voraussetzung für die Inanspruchnahme einer Karenz ist, dass das Kind im gemeinsamen Haushalt lebt. Eine Karenz kann längstens bis zum Ablauf des 2. Lebensjahres des Kindes in Anspruch genommen werden.

Für karenzierte MitarbeiterInnen besteht ein besonderer Kündigungs- und Entlassungsschutz. Die Karenz kann entweder ausschließlich von einem Elternteil oder abwechselnd von beiden Elternteilen in Anspruch genommen werden. Eine gleichzeitige Karenz beider Elternteile ist nicht möglich, eine Überlappung beim erstmaligen Wechsel im Ausmaß von einem Monat ist jedoch vorgesehen. Die Karenz kann zwischen den Eltern zweimal geteilt werden. Die Karenzteile müssen aneinander anschließen und jeder Teil muss mindestens zwei Monate betragen.

Meldefristen: Eine Karenz, die im Anschluss an das Beschäftigungsverbot der Mutter beginnen soll, muss binnen 8 Wochen ab der Geburt bekanntgegeben werden. Eine Karenz, die nicht von vornherein für die Maximaldauer gemeldet wurde, kann einmal verlängert werden. Dies muss spätestens 3 Monate vor Ende der gemeldeten Karenz bekanntgegeben werden. Bei Teilung der Karenz muss die Meldung drei Monate vor dem Ende der Karenz des jeweils anderen Elternteils erfolgen. Beträgt der erste Karenzteil weniger als drei Monate, so ist der zweite Karenzteil bis zum Ende der Schutzfrist der Mutter zu melden. Während der Karenz darf eine geringfügige Beschäftigung aufgenommen werden.



Schaut gut aus! Das energieoptimierte Wohnhaus für Studierende ist kurz vor Fertigstellung.



Anmeldestart für innovatives Studentenwohnhaus

Aspern/Studentenheim GreenHouse: Das ökologisch nachhaltigste Studentenwohnheim Wiens ist kurz vor Fertigstellung.

von Christian Swoboda

er Rohbau des Studenten-Wohnprojekts "GreenHouse" im 22. Wiener Gemeindebezirk in der Seestadt Wien Aspern wurde bereits im Mai dieses Jahres fertiggestellt – nun geht der Innenausbau zügig voran. Schon im März 2015 sollen die Appartements bezugsfertig sein.

Studierende, die in einem energieeffizienten Haus auf neuestem technologischen Stand wohnen wollen, haben ab sofort die Möglichkeit, sich bei "WBV-GPA/Studentenwohnen" (Mail: studentenheim@wbv-gpa.at oder Tel: +43/1/913 69 DW -74 oder DW -75) zu informieren, oder sich bereits vormerken zu lassen.

Rundum-sorglos-Paket für Studierende

Der Geschäftsführer der WBV-GPA, Michael Gehbauer, streicht das überaus attraktive Preis-/Leistungsverhältnis für Studierende hervor: "Wir bieten Studierenden hochwertiges, ökologisch und nachhaltiges Wohnen – und das zu einem Gesamtpreis von unter 400 Euro im Monat, inklusive aller Nebenkosten und Services, wie zum Beispiel dem Reinigungsservice, einem persönlichen Internet- und Telekommunikationsanschluss oder der Nutzung der vielen Gemeinschaftseinrichtungen (beispielsweise Fitnessräume, Sauna, Musikübungsräume, Studier- und Freizeiträume).

Gemeinschaftliches Wohnen soll in dem Studentenheim forciert werden, das breite Angebot unterstützt die soziale Entwicklung.

Selbstständig in einer Gemeinschaft leben

Das GreenHouse wird ein Ort der Begegnung junger Menschen sein, die aus unterschiedlichen Ländern (AustauschstudentInnen) und Lebenssituationen kommen. Auch junge Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen sind im GreenHouse willkommen, da das gesamte Wohnheim barrierefrei gestaltet wird.

Im GreenHouse soll auf die Gemeinschaft besonderer Wert gelegt werden. Die Heimleitung wird selbst im Haus wohnen, dort ihren Lebensmittelpunkt haben und auch abseits der Bürozeiten für die Studierenden da sein – für Sorgen und Probleme, aber auch für gemeinsame Aktivitäten.

Durch die Vielfalt an Wohnformen im GreenHouse – von Einzelzimmern bis zu stockwerksübergreifenden WGs – werden sehr unterschiedliche Zielgruppen angesprochen. Die Gemeinschaftsräume und der große kommunikative Innenhof zwischen den drei Wohngebäuden soll den jungen Menschen viel Raum für Begegnung bieten.

Ökologisches Wohnerlebnis auf höchstem Niveau

Bei der Planung wurde großer Wert auf die Ökologie des Gebäudes gelegt. Das Studentenwohnheim wird den Passivhausstandard mit einem geplanten Heizwärmebedarf von weniger als 15 kwh/m²/Jahr daher voll erfüllen. Das Wohnheim wird mit einer großzügigen Photovoltaikanlage ausgestattet und verfügt über einen Batteriespeicher, der unabhängig von der Energieproduktion die Versorgung im Haus sicherstellen soll.

Das Energieversorgungskonzept wurde in Zusammenarbeit mit der Aspern Smart City Research GmbH & Co KG (ASCR) konzipiert und soll Erkenntnisse für die Zukunft gewinnen.

Meilenstein für Stadtentwicklung

Die zentrale Lage, E-Bike-Ladestationen und ein großer kommunikations- und begegnungsfördernder Innenhof zwischen den drei Wohngebäuden sind nur einige weitere Mehrwerte des Projekts. Anlässlich der Dachgleiche betonte Bezirksrat Johann Becher, dass das Studentenwohnheim ein wichtiger Mosaikteil in der Entwicklung der Donaustadt, insbesondere des Großbauprojekts "aspern die Seestadt Wiens", sei.

Kooperation dreier großer Heimträgerorganisationen

Die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung (WBV-GPA), die Österreichischer Austauschdienst Wohnraumverwaltungs GmbH Wien (OeAD-WV GmbH), und die Österreichische Jungarbeiterbewegung (ÖJAB) bilden eine Projektgemeinschaft.

Die WBV-GPA ist Errichterin und Bauherrin des von der aap.architekten ZT-gmbh geplanten Studentenheims mit insgesamt 310 Wohneinheiten, die ÖJAB fungiert als Heimleiterin, wobei alle Projektpartner (WBV-GPA, ÖJAB und OeAD-WV) in wirtschaftlicher Eigenverantwortung für die Belegung von jeweils ca. 100 Wohnplätzen verantwortlich sind.

Stadt Wien fördert studentisches Wohnen

Rund 14 Mio. EUR wird die WBV-GPA für die Errichtung des GreenHouse aufwenden, finanziert aus Eigenmitteln, Kapitalmarktdarlehen und Wohnbauförderungsdarlehen der Stadt Wien. "Dem Engagement der Stadt Wien ist es zu verdanken, dass

in "aspern die Seestadt Wiens" ein Wohnheim für Studierende – das allen Ansprüchen in sozialer wie auch in ökologischer Hinsicht – zu kostengünstigen Konditionen ermöglicht wird", betonte Ingrid Reischl, Aufsichtsratsvorsitzende der WBV-GPA, anlässlich der Gleichenfeier im Mai diesen Jahres.

Freie Wohnungen

Bestehende Objekte:

- 8761 Pöls, Andreas-Rein-Gasse 10–18/Burgogasse 12–16, 2–3-Zimmerwohnungen frei, HWB 94 KWh/ m²/a
- 2640 Gloggnitz, Stuppacherstr. 6, 3-Zimmerwohnung frei, HBW 60 KWh/ m²/a
- 2640 Gloggnitz, Dr.-Martin-Luther-Str. 9, 3-Zimmerwohnung frei, HBW 52,87 KWh/m2/a
- 8605 Kapfenberg, Wienerstr. 58, 1–2-Zimmerwohnung frei, HBW 44 KWh/m²/a

Kontakt

WBV-GPA/ STUDENTENWOHNEN.AT Guqlgasse 8/4/2/2, A-1110 Wien

Mail: info@studentenwohnen.at Tel: +43/1/913 69 DW 74 oder DW 75



Entspannung

Kalte Herbsttage eignen sich perfekt dafür, sich eine kleine Auszeit in einer Therme zu gönnen. Das warme Thermalwasser ist Balsam für Körper, Geist und Seele.



Therme Wien

Es erwartet Sie ein hochwertiges Wellness-Angebot mit rund 4.000 Quadratmetern Wasserfläche. Individuelle Themen- bzw. Badebereiche lassen sowohl für Groß als auch für Klein keine Wünsche offen.

Genießen Sie einen ganzen Tag Erholung pur zum ÖGB-Spartarif von nur EUR 22,— statt 24,20 für einen Erwachsenen (mit Kästchen) oder die 3-Stunden-Karte zu EUR 15,50 statt 17, für einen Erwachsenen (mit Kästchen).

Die Tages- und 3-Stunden-Karten zum Spartarif sind ausschließlich bei der ÖGB-Kartenstelle erhältlich.

ÖGB-Kartenstelle, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien Tel. 01/534 44-39675, 39677, 39679, 39681



Therme Laa

Design und Wellness der Extraklasse finden Sie im Herzen des Weinviertels. Die Wasserwelt der Therme Laa ist einzigartig. Das Areal ist besonders weitläufig. Es erstreckt sich auf insgesamt 7.800 m². Neben den verschiedenen Schwimmbecken bietet sie auch zahlreiche Ruhezonen zum Verweilen und Entspannen.

Das Spezialpaket für alle ÖGB-Mitglieder besteht aus einer Tageskarte, Sauna und 45 Minuten Pilates um EUR 22,40 (statt EUR 30,90). Dieses Angebot ist erhältlich bei Vorweisen der Mitgliedskarte direkt an der Kassa der Therme Laa.

Therme Laa Thermenplatz 1 2136 Laa a. d. Thaya www.therme-laa.at



Heiltherme Bad Waltersdorf

Tanken Sie Lebensenergie bei unterschiedlich temperierten Thermalwasserbecken, Saunakabinen und abwechslungsreichem Gesundheitsprogramm.

Ermäßigte Eintritte:

- Tageseintritt um EUR 19, statt EUR 21,—
- Abendeintritt ab 16 Uhr um EUR 11,50 statt EUR 12,50
- Abendeintritt ab 18 Uhr um EUR 9,50 statt EUR 10,50
- Aufpreis für Sauna EUR 5,50, ab 16 Uhr EUR 4,50

Gilt für Mitglieder der GPA-djp plus einer Begleitperson nach Vorweis der GPA-djp-CARD an der Thermenrezeption.

Heiltherme Bad Waltersdorf Thermenstraße 111 8271 Bad Waltersdorf www.heiltherme.at



Therme NOVA Köflach

Einfach wohlfühlen, entspannen und der Seele eine Auszeit geben im Gesundheitsschiff Therme NOVA

Die anspruchsvolle moderne Architektur mit wunderschönen Glas- und Lichtelementen sowie unzähligen technischen Raffinessen machen den Besuch zu einem unverwechselbaren Erlebnis.

GPA-djp-Mitglieder und eine Begleitperson erhalten 10 % Ermäßigung auf alle Thermenbesuche von Montag bis Sonntag (ohne Sauna).

Bitte an der Kasse mit der gültigen CARD ausweisen!
Therme NOVA
An der Quelle 1, 8580 Köflach
Tel. 03144/701 00-0
www.novakoeflach.at



Therme der Ruhe – Bad Gleichenberg

Genießen Sie das prachtvolle Panorama des Kurparks im 2.500 m² großen Kurbad. Aus dem Indoor-Pool eröffnet sich Ihnen durch weite Fenster der Blick auf umliegende Kurparkanlagen, die weitläufige Außenterrasse und den Outdoor-Pool. Liege- und Ruhebereiche sind sowohl im geschützten Inneren als auch auf der Terrasse unter freiem Himmel zu finden

Mit der CARD:
Tageseintritt in die Therme
EUR 11,— statt 17,—
Tageseintritt inkl. Sauna
EUR 15,— statt 22,—

DAS KURHAUS Untere Brunnenstraße 33 8344 Bad Gleichenberg Tel. 03159 /22 94-4050 www.das.kurbad.at



THERME LINSBERG ASIA

Der großzügige Thermalbadeund Spa-Bereich bietet auf 15.000 m² acht Pools im Innenund Außenbereich sowie 9 verschieden thematisierte Saunen.

Angebot gültig für 2 Personen: Mit der CARD 10 % Ermäßigung! Oktober–März: von Mo–Fr. (ausg. Feier- und Fenstertage)

Aktion gilt nicht auf bereits reduzierte Tarife und ist nicht kombinierbar (z. B. Treuepass, Gutscheinkauf, ...)

Bitte bereits beim Eintritt an der Thermenkasse für die Buchung des richtigen Tarifs auf die Ermäßigung hinweisen!

Linsberg Asia Thermenplatz 1, 2822 Bad Erlach Tel. 02627/48000 www.linsbergasia.at

© by MAXUM_Heiltherme Bad Waltersdorf

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, service@gpa-djp.at



Gewinnspiele und Ermäßigungen

Then Sie

Alle markierten Produkte können Sie gewinnen! Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel, **Einsendeschluss 26. Oktober 2014.**Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



14. Okt. bis 3. Nov. 2014

SALAM.ORIENT 2014

Versch. Veranstaltungsorte in Wien

Neben einem Palästina-Schwerpunkt gibt das Festival heuer mit dem Programm-Schwerpunkt "Frauen.Stimmen" Künstlerinnen aus dem orientalischen Raum ein Podium.

Info: www.salam-orient.at 10 % CARD-Ermäßigung



16. Okt. bis 21. Dez. 2014

Jung war ich lang genug ... CasaNova

... jetzt schau ich mir mal zu beim Älterwerden.

Chris Lohners neues Soloprogramm. Ein Tagebuch der etwas anderen Art wird auf der Bühne lebendig!

Info: www.casanova-vienna.at 10 % CARD-Ermäßigung



8.-23. November 2014

KlezMORE Festival Vienna

Versch. Veranstaltungsorte in Wien

Wie immer ganz im Zeichen von Traditionspflege und Neuinterpretation der Klezmer-Musik und Kultur.

10 % CARD-Ermäßigung Karten: Tel. 0676/512 91 04 Info und Festivalprogramm: www.klezmore-vienna.at



12.-14. November 2014

Stefan Jürgens & Band Gmunden, Wien, Graz

Im November ist der als Major Ribarski aus der Soko Donau bekannte Serienstar, unterstützt von seiner großartigen Band, nun erstmals live in Österreich unterwegs.

Karten und Infos: oeticket, Tel. 01/960 96 bzw. www.oeticket.com



12. Dezember 2014

DAS IST EIN THEATER

Theater Längenfeld

Heinz Marecek erzählt, spielt und parodiert. Der Publikumsliebling hat mit vielen "Granden" des heimischen Theaters gearbeitet. Und gerade diese Anekdoten zählen zu den besten und lustigsten.

20 % CARD-Ermäßigung Karten: 01/714 88 77 mit dem Kennwort GPA



ADVENT, ADVENT – Der Obstler brennt!

EMS Lounge

Ob es die Geschichten vom Salzkammergut sind oder die Wiener Weihnachtsanekdoten, Herz-Kestranek beweist, Advent ist mehr als Kerzerl und Weihrauch.

20 % CARD-Ermäßigung Karten: 01/714 88 77 mit dem Kennwort GPA

Reise ins Land der untergehenden Sonne

Japans Weg in die Postwachstumsgesellschaft. Christine Ax, Zeitpunkt Verlag 2014, € 10,01

Die Produkte von Sony, Nintendo und Co. sind hierzulande weit verbreitet. Vielleicht liegt es am technischen und technologischen Erfindergeist Japans, dass das Land auf viele Mitteleuropäer eine große Faszination ausübt. Faktum ist: Die japanischen Erfolge in der Wirtschaft werden von arbeitenden Menschen getragen, die darunter auch leiden. Diesen Eindruck gewinnt man mit Christine Ax bei der Lektüre des jüngsten Buches der Forscherin vom Wiener Nachhaltigkeitsinstitut SERI. Sie hat Japan mehrere Wochen lang bereist und dort ExpertInnengespräche geführt.

Dem Land stehen finstere Zeiten bevor, so ihre These. Denn: Japan ist einseitig fixiert auf Technik als Allheilmittel für alle Probleme. Die Regierung setzt auf Wirtschaftswachstum, das jedoch seit mehr als einem Jahrzehnt ausbleibt. Die Work-Life-Balance vieler JapanerInnen befindet sich in arger Schieflage. Es gibt

fast keine Kriminalität, dafür umso mehr Selbstmorde – vor allem bei Männern mittleren Alters. Arbeit ist, auch aufgrund des großen Gruppendrucks und der hierarchischen Strukturen in der japanischen Gesellschaft, wichtiger als Familie.

Die Geburtenrate sinkt, bis 2060 geht die Einwohnerzahl laut Schätzungen um ein Drittel zurück. Immer weniger ArbeitnehmerInnen müssen immer mehr ältere Menschen finanzieren. Dabei arbeiten bereits 35 Prozent der JapanerInnen in

Christine Ax

Reise
ins Land der
untergehenden
Sonne
Japans Weg in die
Postwachstumsgesellschaft

prekären Verhältnissen ohne fixe Anstellung. Die bisherigen Lösungsversuche wie Konjunkturprogramme und "billiges" Geld haben auf den 127-Millionen-Einwohner-Inseln die gewünschten Ziele verfehlt. Und daraus sollte Europa lernen, meint Ax.

Die Wirtschaft müsse rückgebaut werden. Hier wie dort müsse man vom "irrational gewordenen Glauben an Wachstum" endlich abrücken. "Globalisierung und Kapitalismus sind schlimm genug." Aber in Japan ist der Druck, unter dem die Menschen stehen, noch größer als bei uns. Doch derweil lautet das von Tokio verordnete Ziel. im Jahr 2020 die Olympischen Spiele auszutragen. Dieses sportliche Großereignis 2004 in Athen war laut Experten eine der Hauptursachen für den Crash von Griechenland.

Heike Hausensteiner

Traumzeit für Millionäre

Die 929 reichsten Wienerinnen und Wiener im Jahr 1910. Roman Sandgruber, Styria Verlag 2014, € 34,99

Wien um 1910: Die Reichshauptstadt hat die Zweimillionengrenze überschritten und ist zur siebentgrößten Stadt der Welt und viertgrößten Europas geworden: ein Schmelztiegel der Nationen, eine Hochburg der Künste und Wissenschaften. In den Bereichen Medizin, Physik, Chemie und Ökonomie werden Höchstleistungen vollbracht. Doch der Glanz der Ringstraßengesellschaft blendet. In Wien gibt es harte soziale und nationale Gegensätze. Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen und Fehlentscheidungen sind an der Tagesordnung.

Nie in der jüngeren Geschichte Österreichs war die Einkommensverteilung so ungleich wie vor dem Ersten Weltkrieg. Das oberste Promille verdiente etwa



10 Prozent, das oberste eine Prozent etwa ein Viertel aller Einkommen. 1910 gab es in Wien und Niederösterreich 929 Millionäre mit

einem Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Kronen, in einer Zeit, als die Durchschnittseinkommen weniger als 1.000 Kronen betrugen. Wohlhabend waren ein paar hundert Adelige, Bankiers, Industrielle, Großhändler und Hoteliers, dazu ein paar Universitätsprofessoren, Rechtsanwälte, Beamte, Künstler und ein Kardinal. Unter den Reichsten findet man bekannte Namen und längst vergessene Persönlichkeiten wie Baron Albert Salomon Anselm Rothschild und Moritz Zweig – Vater von Stefan Zweig.

Um den Ursachen dieser extremen Ungleichheit der Einkommen und Vermögen auf die Spur zu kommen, beschreibt Roman Sandgruber die Welt dieser Oberschicht, ihre Berufe und Hobbys, ihre Religion und Ausbildung, ihre Wohnorte und Schlösser, ihr Leben und Sterben. So werden die Sozialstrukturen der damaligen obersten Oberschicht und die sozial- und wirtschaftshistorischen Triebkräfte dieser Zeit beleuchtet.

Es war eine Traumzeit für Millionäre, die mit Krieg, Hyperinflation, Weltwirtschaftskrise und der Vernichtung der jüdischen Gesellschaft durch den Nationalsozialismus ein jähes Ende nahm. Parallelen zur heutigen Zeit sind erkennbar, wir nähern uns wieder an die Verhältnisse vor 100 Jahren an. Wird die Ein-Prozent-Gesellschaft wiederkehren?

Andrea Rogy

LOHNSTEUER RUNTER!

DAS ÖGB/AK-MODELL IST DA:

JETZT LIEGT'S AN DER REGIERUNG!





